



Juliane Pfeil-Zabel
Mitglied des Sächsischen Landtags



Gemeinsame Pressemitteilung der Landtagsabgeordneten und Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel (SPD) und der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen vom 26. Juli 2017

„Soziale Teilhabe als Schlüssel“

–
Begehung des Plauener Zentrums geht den Sicherheitsdefiziten auf den Grund

Plauen – Die Sicherheitslage im Herzen unserer Stadt spitzt sich vermeintlich zu. Die Stadträte der SPD/Grüne-Fraktion, die hiesige Landtagsabgeordnete, Juliane Pfeil-Zabel (SPD), und der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Albrecht Pallas, reagieren gleichwohl auf die öffentlich diskutierten Vorfälle in der Plauener Innenstadt. Sie fassten den spontanen Entschluss, über die Probleme nicht hinter abgeschotteten Rathausmauern zu sprechen, sondern sich die Situation vor Ort anzuschauen. Gemeinsam mit dem Ordnungsamt suchten sie am gestrigen Nachmittag ebene Ecken auf, die durch Schlägereien, Einbrüche und Messerstechereien zu trauriger Berühmtheit gelangt sind. Es galt, offen und ehrlich ins Gespräch zu kommen, die Probleme zu erkennen und über Lösungen zu sprechen.

Albrecht Pallas kommt bei der Begehung auf eine mögliche Videoüberwachung zu sprechen. Dieser Möglichkeit steht er indes skeptisch gegenüber, weil sie derzeit aus rechtlicher Perspektive nicht möglich ist. Beim Plauener Zentrum handle es sich glücklicherweise um keinen Kriminalitätsbrennpunkt, sodass die Voraussetzungen hierfür fehlen. Das Sicherheitsproblem lasse sich so nicht beheben. *„Kameras bieten keinen Schutz. Es geht immer um das Gesamtkonzept, die Sicherheitsmaßnahmen sollten aufeinander abgestimmt werden. Maßnahmen die gut klingen, aber nichts bringen, sind genauso so sinnlos, wie um den heißen Brei zu reden“*, so Pallas. Er vertritt die Ansicht, die Polizei und das Ordnungsamt müssten im Zentrum präsenter sein, um zugleich als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar zu sein. Er rät den lokalen Akteuren, auf präventive Maßnahmen zu setzen, vor allem Streetworker könnten die sozialen Ursachen für Gewalt angehen.

Juliane Pfeil-Zabel pflichtet ihm bei und ergänzt: *„Das Prinzip von Überwachen und Strafen bringt uns an dieser Stelle nicht weiter, dadurch allein können wir das Sicherheitsproblem in unserer Innenstadt nicht beseitigen. Ich stelle mir die Frage, warum die Menschen sich in dieser Art und Weise verhalten; warum sie eine Straftat begehen. Und dann bin ich sehr schnell an dem Punkt angelangt zu verstehen, dass sie aus unserer Gesellschaft ausgeschlossen werden. Das hat vielfältige Gründe, nicht alle davon sind selbst verschuldet. Ein Jugendlicher, der keinen Job hat, aus einem schwierigen Elternhaus stammt und kaum einen Cent in der Tasche hat sieht vielleicht keine andere Perspektive mehr, als sich ein gutes Leben auf illegalem Weg zu verschaffen. Jeder und jede hat eine Geschichte. An dieser Stelle müssen wir ansetzen, soziale Teilhabe ist der Schlüssel, um unser Sicherheitsproblem zu lösen. Die Integration aller Menschen in unsere Gesellschaft ist die Herausforderung, die wir bewerkstelligen müssen.“* Die Landespolitikerin und Plauener Stadträtin will den Fokus auf die Mobile Jugendarbeit und die Migrationsvereine lenken, die finanziell, ideell und personell gestärkt werden sollen.

Der Rundgang und die Gespräche legten offen, dass es an der Kommunikation zwischen der Polizei sowie dem Ordnungsamt auf der einen Seite und den mutmaßlichen Unruhestiftern auf der anderen Seite hakt. Regeln, die einzuhalten sind, müssen zuallererst verstanden werden. Den Beamtinnen

und Beamten sowie Ordnungskräften fehlt hierfür die nötige Zeit, das Personal ist schlicht nicht vorhanden. Albrecht Pallas betonte mit Nachdruck, dass es sich bei der Personalsituation nur noch um ein temporäres Problem handle. Der Stellenabbau bei der Polizei sei gestoppt, in Sachsen würden zukünftig 1000 mehr Polizistinnen und Polizisten zum Einsatz kommen. Neben die derzeitige Personalnot gesellt sich oftmals eine Sprachbarriere, die dem Austausch im Wege steht. Die integrationspolitische Sprecherin Pfeil-Zabel macht diesen Punkt besonders stark: *„Die sprachlichen Hürden zwischen dem Ordnungsamt und den Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund könnten abgebaut werden, wenn deren Personal durch Muttersprachler aufgefüllt wird. Die Konflikte laden sich auch auf, weil man über sie nicht adäquat sprechen kann.“* Der Vorstoß der SPD/Grüne-Fraktion, die dieses Thema bereits auf die Agenda des Stadtrats gesetzt hatten, traf bisher kaum auf Gegenliebe.

Die Stadtratsfraktion ist davon überzeugt, dass man mit dem Rundgang durch das Zentrum bereits den Weg in die richtige Richtung eingeschlagen habe. *„Die Begehung, bei der die Sicherheitslage in den Fokus genommen wurde, kann nur ein Anfang sein, wir haben für die Probleme keine Patentlösung“*, so Benjamin Zabel (SPD), der Fraktionsvorsitzende der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen. Um wieder Herr oder Frau der Lage zu werden, will die Plauener SPD die Erkenntnisse des gestrigen Tages nutzen, um an Konzepten zur effektiven Verbesserung der Sicherheitslage in Plauen zu arbeiten. Hierfür wird die Kommunalpolitik eine Arbeitsgruppe zur Inneren Sicherheit einsetzen. *„Der Maßnahmenplan von Oberbürgermeister und Stadtrat muss schnellsten überprüft und angepasst werden“*, so Zabel abschließend.

Zeichen: 5410